

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Marcel Emmerich, Dr. Konstantin von Notz, Lukas Benner, Schahina Gambir, Lamya Kaddor, Rebecca Lenhard, Marlene Schönberger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/1332 –

Aufgaben und Auslastung der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes

Vorbemerkung der Fragesteller

Jedes der 16 Bundesländer in Deutschland hat eigene Bereitschaftspolizei-Einheiten, die insgesamt etwa 16 400 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte umfassen. Der Bund unterhält eine eigene Bereitschaftspolizei (Bundesbereitschaftspolizei) in der Organisation der Bundespolizei. Die Verantwortung für die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes liegt beim Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL), der dem Bundesministerium des Innern (BMI) zugeordnet ist. Der IBPdL ist als Beauftragter des Bundesinnenministeriums direkt der Abteilung Bundespolizei im BMI unterstellt (vgl. www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/nationale-und-internationale-zusammenarbeit/IBPdL/bereitschaftspolizei-artikel.html).

Ihre Hauptaufgaben umfassen die Bewältigung besonderer Lagen wie Versammlungseinsätze, Staatsbesuche, internationale Gipfeltreffen und Großveranstaltungen, aber auch die Unterstützung bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen. Zudem kommen sie in Fällen von Gefahren für die demokratische Ordnung oder im Verteidigungsfall zum Einsatz. Das Grundgesetz erlaubt dem Bund, in Ausnahmefällen Weisungen gegenüber den Polizeien der Länder zu erteilen, weshalb es wichtig ist, dass die Bereitschaftspolizeien einheitlich arbeiten (vgl. www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/nationale-und-internationale-zusammenarbeit/IBPdL/bereitschaftspolizei-artikel.html). Sie sind mitunter ein Garant für die innere Sicherheit im Land, weil sich viele Einsätze und Lagen nur durch die Unterstützung von Einheiten der Bereitschaftspolizei bewältigen lassen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung erhebt grundsätzlich keine eigenen statistischen Daten der Polizeien der Länder. Sie gibt überdies keine Auskunft zu Angelegenheiten, die im Zuständigkeitsbereich der Länder liegen. Statistische Daten, welche der Bundesregierung durch eigenständige Übermittlung der Länder vorliegen oder

im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung erhoben werden, werden grundsätzlich für einen Zeitraum von 10 Jahren vorgehalten.

1. Wie entwickelt sich der Haushalt des IBPdL seit 2001?

Die zurückliegende Haushaltsführung sah seit 2016 grundsätzlich einen Mittelansatz beim Bundesministerium des Innern (BMI - Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL)) von 19 887 Euro vor. Im Jahr 2015 lag der Mittelansatz für BMI (IBPdL) noch bei 13 387 Euro. In den Jahren 2018 bis 2022 erfolgten anlassbezogen Erhöhungen des Mittelansatzes für BMI (IBPdL) zwecks Verbesserung der Fahrzeugausstattung, Beschaffung einer neuen Generation von Sonderwagen (SW5) sowie Beschaffung von Körperschutzausstattung (KSA).

Mit dem aktuellen Regierungsentwurf des Haushalts ist durch die Bundesregierung im Jahr 2025 eine Erhöhung des Mittelansatzes BMI (IBPdL) um ca. 2 000 Euro vorgesehen.

Haushaltsansatz des BMI (IBPdL) seit dem Jahr 2015:

2015:	13 387 Euro
2016:	19 887 Euro
2017:	19 887 Euro
2018:	29 887 Euro
2019:	38 387 Euro
2020:	38 387 Euro
2021:	50 887 Euro
2022:	35 887 Euro
2023:	19 887 Euro
2024:	19 887 Euro
2025:	21 886 Euro

2. Plant die Bundesregierung auch Investitionen bzw. die Ausweitung von Zuständigkeiten für den IBPdL für den Schutz von kritischen Infrastrukturen?

Für den IBPdL sind derzeit keine Investitionen im Kontext einer etwaigen Ausweitung der Zuständigkeiten für den Schutz kritischer Infrastrukturen geplant.

3. Gelten aus Sicht der Bundesregierung für Investitionen beim IBPdL die Ausnahmen von den Regelungen der Schuldenbremse, und wenn nein, warum nicht?

Nach Art. 115 Grundgesetz (GG) sind lediglich die Ausgabenbereiche für Verteidigung, für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten von den Regelungen der Schuldenbremse ausgenommen.

4. Wie hat sich das Personal der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes seit 2001 entwickelt (bitte nach Jahren in Bund und Länder aufschlüsseln)?

Nach leichten Rückgängen der Personalstärken der Bereitschaftspolizeien der Länder in den anfänglichen 2000er Jahren hat sich die Gesamtstärke der Bereitschaftspolizeien der Länder (IST-Stärken) in den letzten Jahren im Trend wieder erhöht.

2018: 15 186
2019: 15 435
2020: 15 569
2021: 15 696
2022: 15 969
2023: 16 034
2024: 15 959

Die Personalentwicklung für die Direktion Bundesbereitschaftspolizei kann aufgrund der Speicherfristen nur für die Jahre 2020 bis 2025 zur Verfügung gestellt werden (Darstellung umfasst Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte in Vollzeitäquivalenten).

Stichtag	Personal-IST (PVB, VB, TB)
01.01.2021	5 835,19
01.01.2022	6 099,31
01.01.2023	6 341,32
01.01.2024	7 021,90
01.01.2025	7 088,50
01.07.2025	7 182,15

5. Welche Beschaffungsmaßnahmen für besondere Ausstattungen plant die Bundesregierung in ihrer Legislatur im Zuständigkeitsbereich des IBPdL?

Gemäß Beschluss des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 26./27. April 2017 liegt die Priorisierung der Beschaffungen des IBPdL bei Personenmobilität, taktischen Spezialfahrzeugen und ggf. Körperschutzausstattung. Geplant sind aktuell u. a. Beschaffungen von Halb-/Gruppenkraftwagen sowie Beweissicherungs- und Dokumentationskraftwagen, Krankenwagen, Materialtransportkraftwagen sowie Befehlskraftwagen. Eine besondere Herausforderung ist die Beschaffung und unmittelbar bevorstehende Auslieferung von Sondergeschützten Fahrzeugen („SW 5“) mit einem voraussichtlichen Gesamtmittelbedarf bis zum Jahr 2029/2030 in Höhe von ca. 104 Mio. Euro.

6. Welche Schutzausstattung für die Polizistinnen und Polizisten in der Bereitschaftspolizei der Länder und des Bundes wird über das Bundesinnenministerium beschafft und ausgegeben?

Die Beschaffung von KSA für die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der BPdL durch den Bund wird voraussichtlich in diesem Jahr abge-

geschlossen. Weitere Beschaffungen von personenbezogenen Schutzausstattungen sind bundesseitig aktuell nicht geplant.

Die in der Bundesbereitschaftspolizei verwendete Körperschutzausstattung ist durch das Bundespolizeipräsidium über das Beschaffungsamt des BMI ausgeschrieben und beschafft worden. Darüber hinaus bezieht die Bundespolizei ballistische Schutzdecken über eine Rahmenvereinbarung der Generalzolldirektion.

7. Wie erklärt die Bundesregierung die geringen Mittelabflüsse in der Titelgruppe Digitalfunk (Ausgabereste in Höhe von 313 Mio. Euro)?
8. Wie plant die Bundesregierung, die bestehenden Beschaffungsprobleme im Bereich des Digitalfunks zu beheben?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Im Bundeshaushalt sind die für den Digitalfunk benötigten Haushaltsmittel des Bundes bei Kapitel 0602, TGr. 02 veranschlagt. Zum Ende des Haushaltsjahres 2024 bestehen Ausgabereste in Höhe von 312 984 090,52 Euro.

Diese Ausgabereste werden vollständig benötigt, um bestehende rechtliche Verpflichtungen der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) aus vertraglichen Vereinbarungen in Umsetzung des Verwaltungsabkommens in künftigen Haushaltsjahren erfüllen zu können. Dabei ist gemäß § 34 Bundeshaushaltsordnung (BHO) zu beachten, dass Ausgaben nur soweit und nicht eher geleistet werden dürfen, als sie zur wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung erforderlich sind. Auf Grund diverser Verzögerungen bei verschiedenen Lieferungen und Leistungen und notwendiger Anpassungen im Projektverlauf ist die Bildung der benannten Ausgabereste notwendig geworden, um eingegangene rechtliche Verpflichtungen zum gem. § 34 BHO passenden Zeitpunkt leisten zu können.

Die Erfüllung der vertraglich geschuldeten Lieferung und Leistung durch Lieferanten und Dienstleister stellt sich zunehmend als herausfordernd dar, nicht aber die Ausschreibung und Beschaffung der benötigten weiteren Leistungen.

Mit Blick auf die begrenzte technologische Lebensdauer des aktuell eingesetzten Tetra-Standards ist daher für die Bundesregierung die Errichtung einer resilienten mobilen Breitbandkommunikation für die einsatzkritische Kommunikation der BOS auf dem Stand der Technik essentiell. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2026 stellt hierfür Mittel bereit.

9. Welche Schritte plant die Bundesregierung, um den Fuhrpark der Bereitschaftspolizeien zu modernisieren?

Durch einen ständigen Austausch zwischen Bund und Ländern, fortlaufende Bestandserhebungen sowie standardisierte Aussonderungsprozesse erfolgen gemeinsam priorisierte Ersatz- und Neubeschaffungen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Die technischen Ausschreibungsunterlagen sowie die Technischen Richtlinien werden auf dem aktuellen Stand gehalten.

10. Plant die neue Bundesregierung die Aufstockung der Wasserwerfer-Einheiten, und wenn ja, in welcher Form?

Nein, die Bundesregierung plant keine Aufstockung.

11. Für welche Einsatzzlagen wurde die Bereitschaftspolizei in den Jahren von 2020 bis 2024 sowie im Jahr 2025 bisher eingesetzt (bitte nach Jahren, Dauer, Art und Ort der Einsatzzlage, Anzahl des eingesetzten Personals aufschlüsseln, dabei bitte unterscheiden, ob die Einsatzzlagen im Kontext von Grenzkontrollen, besonderen Sportereignissen [Fußball etc.], Bahnhöfen, Flughäfen, Versammlungslagen, Staatsbesuchen, internationalen Gipfeltreffen und Konferenzen, sonstigen Großveranstaltungen und bei Großschadensereignissen oder Naturkatastrophen erfolgten)?

Das Vorhalten detaillierter Daten zu Einsatzzanlässen liegt in der Zuständigkeit der Länder. Aus der Aufgabenwahrnehmung des IBPdL lassen sich nachfolgende Einsatzzschwerpunkte aufführen: Versammlungen, Veranstaltungen, Fußball, Staatsbesuche, Sonstige.

Bei den vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen werden die Einsatzkräfte der Bundesbereitschaftspolizei schwerpunktmäßig zur Unterstützung der Bundespolizeidirektion eingesetzt.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesbereitschaftspolizei bei Einsatzzanlässen im originären Aufgabenbereich die Bundespolizeidirektionen bei der bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Hierzu zählten in der Vergangenheit u. a. herausragende Einsatzzlagen, wie der G7-Gipfel im Juni 2022, die Fußball-Europameisterschaft Juni/Juli 2024 und der NUK-Transport im November 2024. Des Weiteren wird die Bundesbereitschaftspolizei bei jährlich wiederkehrenden Einsatzzanlässen eingesetzt (z. B. der Tag der Deutschen Einheit und der Jahreswechsel).

12. Welche Auswirkungen hat der massive Personaleinsatz an den deutschen Binnengrenzen auf die Einsatzbereitschaft der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes?

Die Bundesbereitschaftspolizei wird schwerpunktmäßig im grenzpolizeilichen Bereich zur Unterstützung der entsprechenden Bundespolizeidirektionen eingesetzt. Unterstützungseinsätze der Bundespolizei für die Länder erfolgen im Rahmen der verfügbaren Einsatzkräfte der Bundesbereitschaftspolizei. Die generelle Einsatzbereitschaft der Bundesbereitschaftspolizei ist auf Grund des grenzpolizeilichen Unterstützungseinsatzes nicht tangiert. Die Bundesregierung verfügt darüber hinaus für die Bereitschaftspolizeien der Länder über keine derartigen, zentral erhobenen Informationen.

13. Wie viele und welche Unterstützungersuchen der Landesinnenministerien wurden aufgrund der seit Mai 2025 verstärkten Grenzkontrollen durch das Bundesministerium des Innern und das Bundespolizeipräsidium abgelehnt (bitte nach anfragendem Innenministerium, Bedarf und Ablehnungsgrund darstellen)?

Die Bundespolizei führt keine Statistik im Sinne der Fragestellung.

14. Welche konkreten Aufgaben übernimmt der IBPdL im Spannungsfall und im Verteidigungsfall?

Auf Grundlage der Art. 35 Abs. 3, 91 Abs. 2 und 115 f. GG kann die Bundesregierung –in bestimmten Fällen (u. a. im sog. „Spannungs- oder Verteidigungsfall“) den Ländern Weisungen erteilen. Hierzu kann sich die Bundesregierung der Stelle des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder bedienen. In seiner Funktion begleitet der IBPdL die erforderlichen Entscheidungen der Bundesregierung vor.

15. Wann fanden die letzten Übungen des IBPdL im Zusammenhang mit einem Szenario des Spannungs- und Verteidigungsfalls statt?

Der IBPdL in die Krisenmanagementübungen („LÜKEX“) eingebunden. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Teilnahme an bereitchaftspolizeilichen Übungsszenarien.

16. Sieht die neue Bundesregierung die Bestimmungen, Richtlinien, Anweisungen und Sammlungen von Katalogen und Nachschlagewerken (BRAS) 140.1 stets erfüllt?

Bei den Bestimmungen, Richtlinien, Anweisungen und Sammlungen von Katalogen und Nachschlagewerken (BRAS) handelt es sich um verbindliche Regelungen, die einzuhalten sind. Sie werden fortlaufend auf Aktualisierungs-/Anpassungsbedarf geprüft.

17. Welche Kosten haben der IBPdL und die Bundesbereitschaftspolizei sich von den Innenministerien der Länder aufgrund der einschlägigen Verwaltungsvereinbarung seit 2001 erstatten lassen (bitte nach Einsatzanlass, Einsatzort und Erstattungssumme aufschlüsseln)?

Für die Bundesbereitschaftspolizei sind nur die erstattungsfähigen Kosten für die Jahre 2020 bis 2025 wie folgt erfasst.

unterstützendes Land	Besuche	Brandereignisse	Fußball	Hochwasser	Versammlung	Sonst.	erstattet
Mecklenburg-Vorpommern	- Euro	- Euro	457 713, 56 Euro	- Euro	427 999, 14 Euro	1 427, 13 Euro	865 740, 77 Euro
Schleswig-Holstein	6 796, 69 Euro	882, 71 Euro	751, 47 Euro	- Euro	559 874, 02 Euro	40 978, 64 Euro	426 866, 34 Euro
Niedersachsen	- Euro	- Euro	88 133, 67 Euro	- Euro	227 983, 35 Euro	21 474, 04 Euro	337 591, 06 Euro
Hamburg	4 375, 96 Euro	- Euro	150 896, 65 Euro	- Euro	867 840, 02 Euro	5 767, 18 Euro	925 282, 54 Euro
Bremen	11 389, 30 Euro	- Euro	277 125, 95 Euro	- Euro	722 342, 46 Euro	26 346, 30 Euro	946 574, 71 Euro
Sachsen-Anhalt	- Euro	- Euro	261 784, 01 Euro	- Euro	1 420 976, 89 Euro	4 088, 04 Euro	1 380 452, 10 Euro
Sachsen	- Euro	60 495, 18 Euro	229 371, 34 Euro	- Euro	5 566 691, 72 Euro	384 273, 04 Euro	4 455 512, 18 Euro
Berlin	351 754, 92 Euro	25 994, 69 Euro	176 240, 96 Euro	- Euro	5 699 714, 53 Euro	24 804, 09 Euro	5 084 608, 72 Euro
Brandenburg	12 096, 76 Euro	38 437, 50 Euro	- Euro	- Euro	649 897, 57 Euro	704, 58 Euro	583 518, 04 Euro
Hessen	- Euro	1 387, 73 Euro	453, 82 Euro	- Euro	2 928 153, 06 Euro	5 245, 00 Euro	2 793 046, 16 Euro
Nordrhein-Westfalen	179 081, 75 Euro	- Euro	- Euro	- Euro	2 503 182, 48 Euro	3 697, 52 Euro	1 216 427, 46 Euro
Saarland	- Euro	- Euro	9 819, 31 Euro	- Euro	4 175, 36 Euro	- Euro	13 994, 67 Euro
Rheinland-Pfalz	- Euro	- Euro	8 232, 76 Euro	- Euro	221 965, 23 Euro	43 628, 88 Euro	267 979, 17 Euro
Baden-Württemberg	- Euro	- Euro	36 705, 91 Euro	- Euro	139 485, 49 Euro	- Euro	176 191, 40 Euro
Bayern	- Euro	- Euro	- Euro	102, 45 Euro	2 099 417, 72 Euro	11 820, 36 Euro	617 821, 99 Euro
Thüringen	- Euro	- Euro	31 427, 69 Euro	- Euro	708 138, 67 Euro	- Euro	687 783, 00 Euro
Summe	565 495, 38 Euro	127 197, 81 Euro	1 728 657, 10 Euro	102, 45 Euro	24 747 837, 71 Euro	574 254, 80 Euro	20 779 390, 31 Euro

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Die Bundesregierung verfügt darüber hinaus für die Bereitschaftspolizeien der Länder über keine zentral erhobenen Informationen zur gegenseitigen Erstattung von Einsatzkosten.

18. Gibt es aktuell Probleme bei der Personalgewinnung für die Bereitschaftspolizeien, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um auch in Zukunft ausreichend Personal für die Bereitschaftspolizeien gewinnen zu können?

Gezielte Personalwerbemaßnahmen für den Polizeivollzugsdienst insgesamt (z. B. Internetseite www.komm-zur-bundespolizei.de, Auftritten der Bundespolizei im Bereich sozialer Medien und auf Ausbildungs- und Jobmessen, Umsetzung von Werbeschaltungen digital und analog) sollten eine ausreichende Personalgewinnung für die Bundesbereitschaftspolizei sicherstellen.

Erstverwendungen im Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei sollen grundsätzlich in operativen Funktionen und im mittleren Polizeivollzugsdienst in der Bundesbereitschaftspolizei erfolgen.

Die Personalgewinnung für die Bereitschaftspolizeien der Länder liegt im Übrigen in Zuständigkeit der Länder.

19. Beabsichtigt die neue Bundesregierung den Ausbau des Zuständigkeitsbereiches des IBPdL, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Ausbau des Zuständigkeitsbereiches des IBPdL grundsätzlich nicht geplant.